



Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Bauwesen und öffentliche Ordnung

Sitzungstermin:	Dienstag, 15.09.2020
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:30 Uhr
Raum, Ort:	Bürgerschaftssaal des Rathauses, Markt, 17489 Greifswald

Einwohner*innen sind wie immer herzlich willkommen. Die Einhaltung des Mindestabstandsgebots von 1,5 m begrenzt die Anzahl der Personen in der Räumlichkeit. Eigenes dokumentenechtes Schreibzeug ist zu nutzen und eine Mund-Nasen-Bedeckung ist beim Betreten und beim Bewegen im Sitzungsraum zu tragen. Alle Anwesenden beachten bitte die zum Zeitpunkt der Sitzung geltende Rechtsverordnung.

Anwesend

Vorsitzende/r
Jürgen Liedtke

Mitglied

Dr. Ullrich Bittner

Anja Hübner

Camille Marie Damm

Dr. Jörn Kasbohm

bis 21:10 Uhr

Anna Katharina Kassautzki

Thomas Wellnitz

Vertretung für: Patrick Kunkel-Tammert

Christian Radicke

Gerd-Martin Rappen

Carola Rex

Christian Schulze

Kira Wisnewski

Dr. Monique Wölk

ab 18:10 Uhr zu TOP 8.1

Dr. Jörg Valentin

Protokollant/in

Astrid Jarling

Vertretung für: Michaela Böttger

Abwesend

Mitglied

Christian Friedrich abwesend
Patrick Kunkel-Tammert entschuldigt

Protokollant/in

Michaela Böttger entschuldigt

Verwaltung:

Falko Ahlswede
Jeannette von Busse
Kerstin Joksch
Thilo Kaiser
Winfried Kremer
Jan-Peter Manske
Dieter Schick
Jutta-Marlene Schubert
Beate Schinkel
Steffen Winckler

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.08.2020
- 4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Mitteilungen des/r Vorsitzenden
- 7 Beschlusskontrolle
- 8 Beratung der Beschlussvorlagen
- 8.1 Sanierung Theater Greifswald - Weiteres Verfahren der Sanierung (Konzept Teilneubau, neuer Kostenrahmen) BV-V/07/0244-01
neue Version vom 10.09.2020
- 8.2 Neufassung der Satzung für den Kultur- und Sozialpass der Universitäts- und Hansestadt Greifswald BV-V/07/0265

- | | | |
|------|---|-----------------|
| 8.3 | Bebauungsplan Nr. 14 - Hafen Ladebow -; Satzung;
ergänzendes Verfahren | BV-V/07/0258 |
| 8.4 | Schaffung von Parkplätzen vor der Kita OT Riems
(Fortsetzung) | IV/07/0024-01 |
| 8.5 | Preisnachlässe für Familien im B-Plan 13
CDU-Fraktion | BV-P/07/0185 |
| 8.6 | Einschränkung des Silvesterfeuerwerks
SPD-Fraktion | BV-P/07/0196 |
| 8.7 | Grundsatzbeschluss zur Gewinnung von
Wohnbauflächen - Umverlagerung und Neubau
Bauhof
neue Version vom 11.09.2020 | BV-V/07/0274-01 |
| 8.8 | Außengastronomie in Greifswald weiterhin
ermöglichen
CDU-Fraktion | BV-P-ö/07/0001 |
| 8.9 | Einführung einer „Coronataste“ beim Parken in
Greifswald
CDU-Fraktion | BV-P-ö/07/0002 |
| 8.10 | Richtlinie zur Gewährung eines Zuschusses zum
Erwerb oder Bau von Wohnraum zu eigenen
Wohnzwecken
SPD-Fraktion | BV-P-ö/07/0003 |
| 9 | Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder
des Fachausschusses | |
| 10 | Ende der Sitzung | |

Nichtöffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der
Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit
und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom
11.08.2020
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Mitteilungen des/r Vorsitzenden
- 6 Beschlusskontrolle
- 7 Beratung der Beschlussvorlagen
- 8 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder
des Fachausschusses

9 Ende der Sitzung

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Liedtke eröffnet um 18:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bauwesen und öffentliche Ordnung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit mit 13 anwesenden Mitgliedern fest.

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Herr Liedtke informiert darüber, dass zu TOP 8.1 BV-V/07/0244-01 „Sanierung Theater Greifswald - Weiteres Verfahren der Sanierung (Konzept Teilneubau, neuer Kostenrahmen)“ eine neue Version vorliegt.

Herr Liedtke lässt darüber abstimmen, die nachträglichen Vorlagen wie folgt aufzunehmen:

- BV-V/07/0274-01 „Grundsatzbeschluss zur Gewinnung von Wohnbauflächen - Umverlagerung und Neubau Bauhof“ → Einordnung als TOP 8.7
- BV-P-ö/07/0001 „Außengastronomie in Greifswald weiterhin ermöglichen“ → Einordnung als TOP 8.8
- BV-P-ö/07/0002 „Einführung einer „Coronataste“ beim Parken in Greifswald“ → Einordnung als TOP 8.9
- BV-P-ö/07/0003 „Richtlinie zur Gewährung eines Zuschusses zum Erwerb oder Bau von Wohnraum zu eigenen Wohnzwecken“ → Einordnung als TOP 8.10

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
13	0	0

3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.08.2020

Die Niederschrift vom 11.08.2020 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
12	0	1

4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen

Keine Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen.

5 Mitteilungen der Verwaltung

1. Herr Manske berichtet über die Bauvorhaben in der UHGW (Präsentation wird als Anlage 1 beigefügt)
2. Herr Wilde informiert über den Entwurf zum Bauvorhaben „Umgestaltung des Park-&-Ride--Parkplatzes an der Klosterruine“ (Lageplan wird als Anlage 2 beigefügt)- Zielstellung - Verbesserung der Anbindung an das ÖPNV- Netz
 - Die Bushaltestelle wird auf dem Parkplatz integriert und mit einer Signalanlage auf die Hauptstraße geleitet.
 - 46 Stellplätze für PKW - 2 Behindertenstellplätze
 - Aufstellung von 10 Fahrradboxen mit Aufladekapazität
 - Aufstellung von 6 Fahrradbügel
 - Aufstellung eines Fahrradleihsystems
 - Errichtung einer barrierefreien Toilettenanlage
 - Erhalt der Werkstoffsammelanlage
 - Ausstattung der Gesamtanlage mit einem Blindenleitsystem
 - Straßenbeleuchtung wird erneuert
 - Baumbepflanzung (die Erhöhung der Anzahl der Bäume wird noch geprüft)
 - Das Regenwasser wird in den anliegenden Teich geleitetDie Umgestaltung des Parkplatzes muss bis Juli 2023 beendet und die Abrechnung beim Fördermittelträger abgeschlossen sein. Nach aktueller Schätzung betragen die Gesamtkosten ca. 1,83 Mio. €.
3. Herr Kaiser informiert zum Bauvorhaben der WVG Stilower Wende. Dort werden 19 Bäume entnommen. Nach Auflage der unteren Naturschutzbehörde müssen dafür als Ersatz 38 neue Bäume gepflanzt werden, die unter Naturschutz fallen und laut städtischer Satzung müssen 8 einheimische Gehölze gepflanzt werden.
4. Herr Schick informiert zum Sachstand der Planung der Steganlage Holzteichquartier. Die Planungen laufen und es sind Variantenvergleiche vorgenommen worden. Eine rückverankerte Spundwandkonstruktion wird als die kostengünstige und schnellste Variante eingeschätzt. Dies soll weiter verfolgt werden. Die geplanten Kosten könnten dadurch gesenkt werden. Weiterhin informiert Herr Schick über den Grundsatzbeschluss zur Reduktion der Lichtverschmutzung. Die Straßenbeleuchtung erfolgt zielgerichtet auf die Verkehrsfläche. Zu den aufgeführten einzelnen Punkten wird es in Kürze eine Stellungnahme geben.

Anlage 1 Berichtswesen Bauvorhaben öffentlich

Anlage 2 Lageplan öffentlich

6 Mitteilungen des/r Vorsitzenden

Herr Liedtke weist darauf hin, dass eine Beantwortung zur Kleinen Anfrage zur Stralsunder Straße 47/Ecke an den Bleichen erfolgt ist.

Weiterhin informiert Herr Liedtke über eine Begehung im Ostseevierviertel.

7 Beschlusskontrolle

keine

8 Beratung der Beschlussvorlagen

8.1 Sanierung Theater Greifswald - Weiteres Verfahren der Sanierung (Konzept Teilneubau, neuer Kostenrahmen)

**BV-V/07/0244-
01**

Herr Liedtke informiert, dass im gestrigen Finanzausschuss eine Einstimmigkeit zur Beschlussvorlage vorlag. Ein Großteil der Mitglieder des Bauausschusses war bei der Vorstellung im Kaisersaal und ausführlichen Diskussion des Projektes anwesend.

Herr Kremer informiert über 2 wesentliche Punkte der Beschlussvorlage:

1. Kostenerhöhung von 20-23.-Mio € auf ca. 45-50 Mio. €
2. Anbau aus den 50ziger Jahren – Vorschlag der Verwaltung: Abriss und Neubau. Ein Neubau ist kostensicherer als eine Sanierung des Altbaus, Einsparung ca. 1 Mio. Euro, Optimierung Raumprogramm und städtebauliche Aufwertung möglich. Die Abstimmungen mit dem Landesamt sollen bis Ende September erfolgen. Frau Wisnewski fragt an, ob bei dem Umbau auch die Barrierefreiheit Beachtung findet, auch im Foyer?

Herr Manske merkt an, dass die Verwaltung bestrebt ist, die Barrierefreiheit herzustellen. Durch den Altbestand und Denkmalschutz gibt es aber Grenzen. Dazu besteht eine enge Abstimmung mit der Denkmalpflege.

Im Moment ist der barrierefreie Zugang nach wie vor über eine Rampe vorgesehen. Von dort aus wird es einen Aufzug geben, der es ermöglicht, alle Bereiche im Gebäude zu erreichen.

Frau Dr. Wölk fragt nach der Schaffung einer Interimslösung, wenn das Theater saniert wird.

Frau von Busse berichtet, dass das Immobilienverwaltungsamt für die Umsetzung des Bauvorhabens zuständig ist. Für Nachfragen zum Betrieb ist der Bildungsausschuss zuständig.

Frau Damm fragt zur Kantine an, welchen Kostenanteil das momentan in der Planung von dem Gesamtrahmen etwa ausmacht?

Herr Manske informiert, dass der aktuell geplante Kantinenanbau auf Wunsch des Theaters als Vollküche ausgelegt ist. Allein für die Kantine kann keine konkrete Aussage getroffen werden, schätzungsweise würde der gesamte Anbau ca. 1-3 Mio. € kosten.

Herr Dr. Kasbohm fragt nach 2 Punkten.

1. Barrierefreiheit für Rollstuhlfahrer.
2. Was passiert mit dem Großteil der Theaterangestellten in der Übergangszeit und der sicheren Unterbringung der Theaterwerkstätten? Offene Fragen gab es bei der Vorstellung der Präsentation im Kaisersaal zum Thema Energieschutz und Sanierung aufgrund des Denkmalschutzes.

Herr Manske informiert, dass die Barrierefreiheit für Rollstuhlfahrer im Parkett in der 1. Reihe vorgesehen ist. Derzeit sind es zwei Plätze. Mit der Theaterleitung wurde abgestimmt, dass es dort einfache Möglichkeiten gibt, die Sitze schnell zurückzubauen, um weitere Plätze zu schaffen.

Zur Energieeinsparung wurde erläutert, dass die Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege laufen, was möglich ist. Wenn der Anbau aus den 54iger Jahren zurückgebaut werden kann, kann beim Neubau energiesparend agiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
14	0	0

8.2 Neufassung der Satzung für den Kultur- und Sozialpass der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

BV-V/07/0265

Herr Winckler bringt die Vorlage ein und beantwortet Nachfragen zum Auffinden einer privatrechtlichen Dienstleistung, Ausweitung des Bezugszeitraums und Lichtbildpflicht.

Herr Dr. Kasbohm: Die Fraktion hat die Idee, den KuS weiter zu entwickeln in Richtung eines Solidarkurses, ob dies in der Satzung Beachtung finden müsse, so dass ggf. Spenden entgegengenommen werden können?

Herr Winckler merkt an, dass ein Zusammenhang mit den Spenden und der KuS-Satzung im Moment nicht hergestellt werden kann. Nach der städtischen Hauptsatzung ist zum Einwerben von Spenden nur der Oberbürgermeister berechtigt, für die Annahme der Spende die Bürgerschaft. Die Frage ist, wie lässt man dem Leistungsbezieher die Spende zukommen. Der neue Satzungsentwurf ist aus verwaltungsrechtlicher Sicht aufgestellt worden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
14	0	0

8.3 Bebauungsplan Nr. 14 - Hafen Ladebow -; Satzung; ergänzendes Verfahren

BV-V/07/0258

Frau Schubert bringt die Vorlage ein.

Es soll ein ergänzender Beschluss zum B-Plan Nr. 14 Hafen Ladebow gefasst werden.

Der B-Plan Nr. 14 ist 2014 rechtskräftig geworden.

Die Zielstellung ist, die Rechtskraft erneut zu beschließen, Hintergrund ist ein Normkontrollverfahren eines ansässigen Betriebes im Hafen Ladebow. Es kam 2019 zur Verhandlung beim OVG. In diesem Zusammenhang wird nicht nur der eigentlichen Sachverhalt, sondern das gesamte B-Plan-Verfahren geprüft. Das OVG hat auf gängige Urteile zurückgegriffen und festgestellt, dass sämtliche Baugebiete im B-Plan Nr. 14 kontingentiert sind hinsichtlich des Lärmes. Das OVG hat den Bebauungsplan Nr. 14 - Hafen Ladebow deshalb für rechtsunwirksam erklärt. Eine Revision wurde durch das OVG zugelassen und durch die Verwaltung beim Bundesverwaltungsgericht eingelegt.

Das OVG gab den Hinweis, bei einer gesamtstädtischen Planung zur Lärmkontingentierung können in Ladebow eingeschränkte Gewerbegebiete zulässig sein. Da im Stadtgebiet auch Gebiete planungsrechtlich gesichert sind, in denen uneingeschränkte Lärmimmission, also Industrie- und Gewerbegebiete festgesetzt sind.

Diese befinden sich entlang der Gützkower Landstraße, auf westlicher Seite der B-Plan 18.1- Herrenhufen Süd und auf der östlichen Seite der B-Plan 22 - Helmshäger Berg. Die B-Pläne sind rechtskräftig und haben dort uneingeschränkte Geltung hinsichtlich des Lärms für Gewerbe- und Industriegebiete bzw. eingeschränkte Gewerbe- und Industriegebiete, die aber so groß in der Dimension sind, dass sie keine wirkliche Einschränkung darstellen. So wurde eine sektorale Abwägung für den B-Plan Nr. 14 vorgenommen, in dem auf dieses Konzept im Rahmen des Flächennutzungsplanes hingewiesen wurde und es zum Bestandteil der Begründung gemacht. Damit soll erreicht werden, dass der B-Plan geheilt wird. Der Gesetzgeber hat es ermöglicht, dass gem. § 214 des Baugesetzbuches der Fehler geheilt werden kann und rückwirkend in Kraft gesetzt wird.

Die Entscheidung vom Bundesverwaltungsgericht liegt noch nicht vor. Die Rechtsicherheit für die Stadt wäre gegeben, wenn vor der Bekanntgabe des Urteils der B-Plan geheilt wird.

Frau Damm fragt an, wann mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zu rechnen ist? Sollte das Urteil nicht abgewartet werden und dann eine Heilung vorgenommen werden?

Frau Schubert führt aus, dass der zuständige Rechtsanwalt auf eine rasche Heilung hingewiesen hat.

Frau Dr. Wölk fragt an, welche konkreten Konsequenzen für die Lärmkontingente im Hafen Ladebow dieser Heilungsversuch hat?

Herr Kaiser stellt klar, der Bebauungsplan soll geheilt werden, damit die Rechtssicherheit wieder hergestellt ist. Herr Kaiser macht deutlich, dass es keine anderen Lärmkontingente geben wird.

Herr Bittner fragt an, worin besteht Heilungsprozess? Frau von Busse gibt eine rechtliche Ergänzung.

Es existiert ein Urteil in erster Instanz, welches sagt, dass der B-Plan ungültig ist. Dieses erstinstanzliche Urteil ist nicht rechtskräftig geworden, weil das Revisionsverfahren beim Bundesverwaltungsgericht angestrebt wurde. Das heißt, aktuell ist der Status eines gültigen B-Planes. Die Gültigkeit des B-Planes besteht auch wenn jetzt diese Heilung durch einen Beschluss der Bürgerschaft herbeigeführt wird.

Die Baugenehmigungen für den Bereich liegen vor, die Grundstücke sind bereits verkauft.

Eine textliche Verweisung, die bislang in den alten Unterlagen nicht da war, wurde jetzt in die neuen Unterlagen aufgenommen. Es wurde darauf hingewiesen, dass es im Stadtgebiet andere B-Pläne gibt, die keine Lärmkontingentierung haben, wo sich Unternehmen, die unbeschränkt Lärm machen möchten, ansiedeln können.

Im B-Plan Nr. 14 soll ausdrücklich die Lärmkontingentierung bestehen bleiben, damit es keine weiteren Beeinträchtigungen für die Nachbarn gibt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
12	2	0

8.4 Schaffung von Parkplätzen vor der Kita OT Riems (Fortsetzung)

IV/07/0024-01

Herr Wilde bringt die Informationsvorlage ein.

Er bezieht sich auf einen Prüfauftrag aus dem Jahr 2017, welcher noch den Auftrag hatte nach alternativen Lösungsmöglichkeiten zu suchen. In Abstimmung mit dem Landesamt für Kultur- und Denkmalpflege M-V wurde unter Berücksichtigung der denkmalpflegerischen Rahmenbedingungen die Anordnung von insgesamt 15 Parkplätzen und 2 Behindertenparkplätzen an den Längsseiten der Grünfläche in je 2 Blöcken vorgeschlagen (wird als Anlage beigefügt). Sollte eine Umsetzung erfolgen, bedarf es einer Konkretisierung und weiterführenden Planung. Die finanziellen Mittel sind nicht im HH-Plan 2019/2020 hinterlegt. Herr Wilde informiert, dass die Informationsvorlage in der OTV Riems bereits vorgestellt wurde.

Das Ergebnis dieser OTV-Sitzung wurde mit einer Stellungnahme der OTV-Vorsitzenden bereits zur Verfügung gestellt.

Es wurden weitere Lösungsansätze diskutiert, welche durch die Verwaltung zu prüfen sind.

1. Wiesenweg unterhalb des KiTa-Spielplatzes
2. Hauptstraße im Bereich des Alten Konsums parallel zur Kita-Zaun
3. Markierung von Eltern-Kurzzeitparkplätzen schräg vorm Eingang zum KiTa-Spielplatz. Eine Abstimmung mit der Feuerwehr ist erforderlich, da evtl. die Fläche eine Aufstellfläche der Feuerwehr ist.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

Anlage 1 Parkplätze Kita Riems öffentlich

8.5 Preisnachlässe für Familien im B-Plan 13

BV-P/07/0185

Herr Rappen bringt die Vorlage ein und erläutert den Wunsch junge Familien zu fördern. Herr Rappen bittet um Zustimmung der Beschlussvorlage.

Frau Wisnewski merkt an, Ziel sollte es sein, dass auch Familien mit mittlerem Einkommen sich ein Eigenheim leisten können. Die Idee ist 50 % der Flächen zu nehmen und diese als Erbbaupacht zur Verfügung zu stellen. Die anderen 50% der Flächen als Ausgleich an den Höchstbietenden zu vergeben und somit dann eine Cofinanzierung von anderen Projekten zu haben ähnlich wie beim B-Plan 55. Herr Kremer informiert, nach derzeitiger Erlasslage bei Erbbauzinsen bei Wohnbaugrundstücken sind 4-5 % zu veranschlagen. Es gibt einen Entwurf des Änderungserlasses, der jetzt zur Stellungnahme im Amt vorliegt. Danach können die Erbbauzinsen für Wohnbaugrundstücke auf 2-3 % abgesenkt werden. Im besonderen öffentlichen Interesse kann man selbstverständlich die Preise immer weiter absenken. Jeder Fall ist einzeln zu prüfen.

Frau Dr. Wölk merkt an, dass der Erwerb von Wohneigentum gefördert werden kann. Das Einbringen der Vorlage durch die CDU wird von Frau Dr. Wölk begrüßt, sie bezieht sich aber nur auf den B-Plan Nr. 13. Bei künftigen B-Plan-Gebieten müssten neue Regelungen getroffen werden. Frau Dr. Wölk schlägt vor, gemeinsam nach einer Lösung zu suchen und bittet, diese Vorlage zurückzuziehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	0	9

8.6 Einschränkung des Silvesterfeuerwerks

BV-P/07/0196

Frau Dr. Wölk bringt die Vorlage ein und erläutert, dass eine Begrenzung des Silvesterfeuerwerkes in denjenigen Stadtteilen vorgenommen wird, wo eben eine Mehrheit der Leute, die an der Befragung teilgenommen haben und sich klar dafür ausgesprochen haben. Frau Dr. Wölk bittet um Zustimmung der Vorlage. Frau Hübner merkt an, dass die räumliche Begrenzung des Feuerwerksverbots bei der Vorlage als Problem gesehen wird.

Die Fraktion ist eher für ein Kompletต์verbot als nur für eine teilweise Lösung. Bei einer Teillösung würde das Ausweichen in Stadtteilen, wo das Silvesterfeuerwerk stattfinden darf, zu mehr Feuerwerk auf engerem Raum führen.

Sie gab den Hinweis, dass durch das Feuerwerk natürlich mehr Wildunfälle in den Nächten vor, während und nach Silvester auftreten und bittet um Aufnahme in die Vorlage oder bitte um eine Zwischenlösung.

Frau Wisnewski merkt an, dass die bestehenden Verbote schon nicht durchgesetzt werden können. Ihr Vorschlag wäre, das Verbot auf das ganze Stadtgebiet auszuweiten bzw. nur bestimmte Orte zu erlauben sowie die Durchsetzung der Verbote durch Kontrollen zu verstärken oder ein Alternativprogramm zu etablieren.

Herr Rappen merkt an, das ein Verbot nicht der richtige Weg sei und schlägt vor, bestimmte Bereiche durch eine Beschilderung zu kennzeichnen oder Abgrenzungsbänder zu versehen.

Herr Radicke gibt zu verstehen, dass flächendeckende Kontrollen nicht aufrechterhalten werden können. Es sollte öffentlich darüber gesprochen und die Folgen offensiv diskutiert werden. Mit einem Verbot bekommt man nichts erreicht.

Herr Winckler merkt an, das Ziel, dieses Vorhaben in diesem Jahr noch umzusetzen, ist faktisch unmöglich, weil sehr viele Fragen vorher zu klären sind bis hin zu der Tatsache, dass jede Verbotsraumentscheidung im Rahmen einer Rechtsverordnung auch einen Hinweis enthalten muss, wo denn eine Ausnahme dazu ist. Um diese Ausnahme abzustimmen, setzt dies mindestens eine Brandschutzbetrachtung voraus. Dies ist nicht in diesem kurzen Zeitraum zu leisten.

Hinsichtlich der Beschlussvorlage möchte Herr Winckler darauf hinweisen, dass die Feuerwehr regelmäßig zum Jahreswechsel auch entsprechende Pressemitteilungen herausgibt und die Auskunft ergab, dass es keine Auffälligkeiten zum täglichen Geschehen rund um Silvester gibt.

Herr Liedtke merkt an, dass 2.000 Greifswalder an der Umfrage beteiligt waren bei ca. 59.000 Gesamteinwohnern.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
3	7	4

8.7 Grundsatzbeschluss zur Gewinnung von Wohnbauflächen - Umverlagerung und Neubau Bauhof

BV-V/07/0274-01

Herr Kremer bringt die Vorlage ein.

Vor zwei Jahren wurde eine Vor-Ort-Begehung im Bauhof durchgeführt und es wurde festgelegt, HH-Mittel im jetzigen Haushaltsplan für den Neubau eines Sozialgebäudes einzustellen. Aus Kapazitätsgründen kam es nicht zur Umsetzung. Im Stadtgebiet gibt es nicht genug Baulandflächen, die perspektivisch zur Verfügung gestellt werden können.

Die neue HH-Planung gibt jetzt noch einmal Gelegenheit, die Sachen neu zu überdenken. Die Werkstätten sind ebenfalls in einem desolaten Zustand und müssen perspektivisch ohnehin angegangen werden. Es wurde die Überlegung getroffen, den Ersatzstandort am Helmshäger Berg zu wählen. Die Fördermittelbindung für das Gewerbegebiet ist bereits ausgelaufen, so dass die Flächen frei zur Verfügung stehen.

Künftig kann der jetzige Bauhof perspektivisch als Bauland zur Verfügung gestellt werden.

Herr Liedtke begrüßt es, dass sich dort die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter endlich verbessern, nicht nur die Werkstätten, sondern auch die sanitärhygienischen Bedingungen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
14	0	0

8.8 Außengastronomie in Greifswald weiterhin ermöglichen

BV-P-ö/07/0001

Frau Rex bringt die Vorlage ein und erläutert, dass die CDU-Fraktion in der schlechten Jahreszeit die Gastronomie unterstützen möchte, so dass es möglich ist, im Herbst, Winter, Frühjahr die Außengastronomie weiter zu betreiben. Die CDU-Fraktion bittet um Zustimmung,

Herr Schick weist darauf hin, dass die Hafengebührensatzung mit in die Vorlage aufgenommen werden sollte.

Herr Wilde weist darauf hin, dass aus bauordnungsrechtlicher Sicht, aus Sicht des Brandschutzes und der Auswahl des Materials für Trennwände usw. noch viele Fragen offen sind.

Frau Rex verweist auf eine zeitliche Begrenzung für 2020/2021. Sie bittet um wohlwollende Prüfung, natürlich unter Berücksichtigung Feuerwehr, Krankenwagen etc.

Dr. Bittner hat Bedenken, je dichter in den Außenanlagen also mit Zwischenwänden, Dächern usw. gebaut wird, umso mehr gehen die Vorteile verloren, die coronabedingt durch die Freiflächen existieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	0	6

8.9 Einführung einer „Coronataste“ beim Parken in Greifswald **BV-P-ö/07/0002**

Herr Liedtke und Dr. Valentin nehmen nicht an der Abstimmung teil.
Herr Rappen führt aus, mit der Vorlage die Innenstadthändler und die Innenstadtgastronomie zu unterstützen und die Attraktivität der Innenstadt zu erhöhen, indem die 1. Stunde Parken in der Innenstadt kostenfrei angeboten werden soll. Herr Rappen wirbt um die Zustimmung im Sinne unserer Innenstadthändler.

Dr. Bittner lehnt die Einführung für das kostenfreie Parken in der 1. Stunde ab.
Herr Radicke befürwortet die Beschlussvorlage, um dadurch die Innenstadthändler zu unterstützen.

Frau Dr. Wölk gibt zu bedenken, dass kostenloses Parken nur für mehr Verkehr in der Innenstadt sorgen würde, aber nicht die Attraktivität der Innenstadthändler verbessern würde.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	8	0

8.10 Richtlinie zur Gewährung eines Zuschusses zum Erwerb oder Bau von Wohnraum zu eigenen Wohnzwecken **BV-P-ö/07/0003**

Frau Dr. Wölk bringt die Vorlage ein.

Diese Richtlinie beinhaltet die Entwicklung in der Stadt zu fördern, und zwar für den Personenkreis, die sich Wohneigentum nicht einfach so leisten können. Es soll eine Grundlage geschaffen werden, die nicht nur auf ein ganz konkretes aktuelles B-Plan-Gebiet bezogen ist, sondern auch auf weitere B-Plan-Gebiete. Herr Rappen merkt an, dass diese Vorlage nicht zugestimmt wird. Zum einen fehlt komplett das Volumen, was am Ende stehen soll. Es könnte jeden Kaufvertrag betreffen und würde den städtischen Haushalt extrem hoch belasten. Zum anderen wird befürchtet, dass das nicht zu einem erhöhten Angebot führen wird, und nicht den Käufer nutzt. Herr Radicke gibt persönliche Anmerkungen zum Kontext der letzten Beschlüsse, dem Managementplan Steinbecker Vorstadt, zu den Grundstücken im B-Plan-Gebiet Nr. 55 an der Hafenkante. Er stellt fest, dass die Politik der SPD extrem starker Protektionismus ist. Hier soll das Modell mit städtischen Geldern aller Bürger gefördert werden, den Wohnraum zu finanzieren. Die Vorlage zeigt an, dass das B-Plan-Gebiet Nr. 55 in einer ernsten Krise sei.

Frau Dr. Wölk macht einige Anmerkungen zu der Kritik von Herrn Rappen. Es geht nicht darum, flächendeckend Wohnraum für jeden zu unterstützen und zu fördern. Es ist einkommensbezogen. D.h., es ist keine Förderung mit der Gießkanne, sondern es ist eine gezielte Förderung für diejenigen Haushalte, Personen, die hier in der Stadt ein Eigenheim erwerben wollen oder eben bauen wollen und die dazu Unterstützung benötigen.

Frau Rex schließt sich der Meinung von Herrn Radicke an und wird die Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Herr Dr. Bittner stellt fest, dass Wohnungen in allen Bereichen fehlen, insbesondere bezahlbaren Wohnraum.

Frau Dr. Wölk stellt fest, dass in der Vergangenheit auf den Bereich des Mietwohnungsbaus geachtet wurde und das der Bau von Eigenheimen vernachlässigt wurde. Mit der Variante 1 besteht die Möglichkeit, auch Eigenheime zu fördern.

Frau von Busse kommt noch einmal auf die Vorlage zurück, Herr Kremer habe angemerkt, diese Vermögensprüfung sei so von der Verwaltung nicht zu leisten, jedenfalls nicht ohne zusätzliches Personal. Sie stellt die Frage, was soll jetzt eigentlich gefördert werden? Welche finanziellen Mittel sollen in den Haushalt eingestellt werden?

Herr Dr. Valentin stellt die Frage, wie sieht es mit der Grunderwerbssteuer aus? Als Anregung sollte über eine Senkung der Grunderwerbssteuer nachgedacht werden.

Herr Rappen möchte noch einen Punkt anbringen. Es geht um die Förderung bestimmter Gruppen mit unterschiedlichen Einkommensgrenzen.

Frau Dr. Wölk nimmt die Anregungen mit und denkt über die Möglichkeit einer Begrenzung nach. Die Frage der Überprüfung des Einkommens könne anhand der Lohnsteuererklärung geprüft werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
3	6	5

9 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses

Herr Dr. Kasbohm schlägt der Verwaltung vor in Bezug auf die Straßenbaumaßnahme Hansering regelmäßig im Bauausschuss zu berichten. Frau von Busse merkt an, dass die Anhörung zur Auftragsvergabe Hansering im nächsten Hauptausschuss eingebracht wird. Danach kann der Auftrag erteilt werden sowie weitere Schritte abgeleitet und die Zeitschiene festgelegt werden. Herr Dr. Kasbohm weist auf den schlechten Straßenzustand im Brooker Weg hin, so dass kein Busverkehr möglich ist. Wird dort Abhilfe geschaffen?

Die Frage wird durch die Verwaltung nachträglich schriftlich beantwortet.

Weiterhin stellt Herr Dr. Kasbohm die Frage nach der Analyse des Dammmaterials Insel Riems – bittet um eine nähere Erläuterung.

Die Frage wird durch die Verwaltung nachträglich schriftlich beantwortet.

Die Breitbandversorgung auf der Insel Riems und im Greifswalder Umfeld ist sehr kompliziert. Es wird der aktuelle Stand geprüft, um zu sehen, wo Handlungsbedarf besteht.

Frau Wisnewski fragt nach der Beschilderung der Salzwiesen? – Die Frage wird durch die Verwaltung nachträglich schriftlich beantwortet.

Zum bundesweiten Warntag 2020 fragt Frau Wisnewski nach, ob in Greifswald Sirenen vorhanden sind?

Herr Winckler - in Greifswald gibt es keine Sirenen. Der Warntag hatte nicht das Ziel, die Funktionsprobe von Sirenen zu prüfen, sondern es sollte allgemein die Bevölkerung auf die Möglichkeiten der Warnung hingewiesen werden. Auf den

bundesweiten Warntag wurde im Radio, im Fernsehen und auf unserer Homepage der Stadtverwaltung hingewiesen.

Herr Rappen merkt an, das die Ampel Loitzer Straße/Grimmer Str. fertiggestellt ist. Wann ist mit der Inbetriebnahme zu rechnen?

Herr Schick informiert, dass die Markierungsarbeiten in dieser Woche zum Abschluss gebracht werden. Dann erfolgt die Inbetriebnahme.

Herr Rappen fragt nach dem Inhalt des Normkontrollverfahrens zum B-Plan Nr. 108 Am Parkhaus?

Zum B-Plan Nr. 108 merkt Frau von Busse an, dass das Verfahren erst einmal ohne Begründung eingereicht wurde. Die Akten wurden dem Gericht zur Verfügung gestellt und werden von der Antragstellerseite geprüft und dann nach der vom Gericht gesetzten Frist die Begründung vorliegen. Deswegen können aktuell schlecht die Erfolgsaussichten eingeschätzt werden. Die GPG war durch anwaltlichen Beistand vertreten und hat die entsprechenden Abwägungen vorgenommen, sodass vermutlich keine Angriffspunkte gegeben sind.

Herr Rappen fragt an, ob die Funktion des Regenrückhaltebeckens in der Fleischerwiese aufgrund der Verschlammung des Unterbodens noch gegeben ist? Weiterhin wird angefragt, laut Bericht in der OZ ist die Kirche Eigentümer des Gebäudes in der Bahnhofstraße/Ecke Lutherstraße. Herr Rappen verweist auf das schlechte Erscheinungsbild (Graffiti). Gibt es eine Möglichkeit, bei der Kirche hinzuwirken, ob eine Sanierung in absehbarer Zukunft angestrebt wird?

Herr Kaiser informiert zum Eckgebäude Bahnhofstraße/Ecke Lutherstraße, solange keine Gefahr für Dritte von dem Gebäude selbst ausgeht, ist eine Handhabe der Verwaltung praktisch nicht vorhanden.

Herr Liedtke - fragt nach der Anfrage zur Abpollerung Deich in Wieck. Herr Schick informiert über die Abpollerung der Grünflächen. Die Dienstaufsichtsbeschwerde ist beantwortet worden. Die Prüfung hat keinen neuen Sachstand ergeben, so dass die Abpollerung bestehen bleibt.

Herr Liedtke bittet in der Knud-Rasmussen-Straße im Ostseevierviertel um eine Geschwindigkeitskontrolle oder eine Verkehrszählung.

Herr Schick informiert, dass in diesem Bereich eine Tempo 30 Zone eingerichtet ist, die Seitenstraßen sind verkehrsberuhigt. Es wird eine Geschwindigkeitsprüfung über 24 h angeboten.

Frau Dr. Wölk hat eine Frage zur Hafestraße. Auf Höhe des Alten Speichers wurde eine Vollsperrung für Fußgänger und Radfahrer eingerichtet. Welcher Grund liegt für eine Vollsperrung vor?

Her Kaiser berichtet, dass Teile vom Dach des Alten Speichers gefallen sind und ein Auto beschädigt wurde.

Gegenüber dem Bauherrn wurde eine Absperrung verfügt. Demnächst wird es einen Termin mit dem Bauherrn geben, um die weiteren Verfahrensschritte festzulegen und eine Regelung für Fußgänger zu finden.

10 Ende der Sitzung

Herr Liedtke beendet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bauwesen und öffentliche Ordnung um 21:20 Uhr.

Vorsitz:

Protokollant/in:

Jürgen Liedtke

Astrid Jarling